

Antwort
der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Frau Kelly und der Fraktion DIE GRÜNEN
— Drucksache 10/3565 —

Südostasien und Militärgüter

Der Bundesminister des Auswärtigen – 011 – 300.14 – hat mit Schreiben vom 10. Juli 1985 die Kleine Anfrage wie folgt beantwortet:

1. Trifft es zu, daß die Regierung von Indonesien für ihre Marine 76 Schnellboote und 20 Fregatten aus der Bundesrepublik Deutschland erwerben will?

Der Bundesregierung ist nicht bekannt, daß die indonesische Marine Fregatten und Schnellboote in der genannten Stückzahl in der Bundesrepublik Deutschland erwerben will.

2. Stimmt die Bundesregierung der Einschätzung des Abgeordneten Wimmer (CDU) auf seiner Südostasien-Reise zu, daß das Verhältnis Bundesrepublik Deutschland – Indonesien völlig problemlos sei?

Wie die Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage Völkermord in Osttimor (Drucksache 10/3178) erklärt hat, vertreten Indonesien und die Bundesrepublik Deutschland in wichtigen Fragen der internationalen Politik nahe beieinanderliegende oder sogar identische Auffassungen. Der Bericht einer Delegation der Deutsch-ASEAN-Parlamentariergruppe, die Indonesien vom 9. bis 24. Februar 1985 bereist hatte, legt auch freundschaftliche parlamentarische Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Indonesien zugrunde. Die Beziehungen zwischen beiden Ländern sind daher als sehr gut zu bezeichnen.

3. Hat die Bundesregierung über ihre Vertretung bei der UN-Menschenrechtskommission offiziell Stellung bezogen gegen die Menschenrechtsverletzungen von Seiten Indonesiens gegen die Bewohner der Insel und ehemaligen portugiesischen Kolonie Osttimors?

Die Menschenrechtslage in Osttimor und die in diesem Zusammenhang gegen Indonesien erhobenen Vorwürfe wurden auf der 41. Sitzung der VN-Menschenrechtskommission, die vom 4. Februar bis 15. März 1985 in Genf tagte, im sogenannten Vertraulichen Verfahren behandelt. Zu diesem mit Resolution 1503 des Wirtschafts- und Sozialrats eingeführten Verfahren werden nur die Mitglieder der Menschenrechtskommission, also weder die übrigen Mitgliedstaaten der VN noch nichtstaatliche Organisationen, zugelassen. Der Vorsitzende der MRK gab im Anschluß bekannt, daß die Menschenrechtskommission im Vertraulichen Verfahren beschlossen hat, das Verfahren gegen Indonesien wegen Osttimor einzustellen.

4. Wird Bundesminister Dr. Wörner bei seinen bevorstehenden Gesprächen in Indonesien (Oktober 1985) das Thema „Menschenrechtsverletzungen und Völkermord in Osttimor“ ansprechen, so wie er dies anderswo bei anderen Reiseanlässen im Falle „Afghanistan“ tut?

Es ist zutreffend, daß Bundesminister Dr. Wörner im Oktober 1985 Indonesien besuchen wird. Die Vorbereitungen für diese Reise sind noch nicht abgeschlossen; Einzelheiten des Besuchsprogramms sowie der zu besprechenden Themenkreise liegen daher noch nicht fest.

5. Hat die Bundesregierung vor, bestimmte Hilfsgüter an die Regierung in Manila zu liefern?

Die Bundesregierung sieht sich leider nicht in der Lage, die gestellte Frage in der vorliegenden Fassung zu beantworten und bittet um Konkretisierung, was mit „bestimmten Hilfsgütern“ für Manila gemeint ist.

6. Welche Militärgüter hat die Bundesrepublik Deutschland in den letzten zwei Jahren an Südkorea, Indonesien, Malaysia und die Philippinen geliefert?

Die Bundesregierung hat bei wiederholter Gelegenheit (vgl. auch Antwort auf die Kleine Anfrage zu Umfang und Empfänger bundesdeutscher Rüstungsexporte – Drucksache 10/2858) darauf verwiesen, daß Angaben zu Rüstungsexporten aus rechtlichen wie

politischen Gründen in der Regel vertraulich zu behandeln sind. Die erbetene Auskunft über die Lieferung von Militärgütern nach Südkorea, Indonesien, Malaysia und den Philippinen kann daher nicht erteilt werden.

7. Ist es auszuschließen, daß bundesdeutsche Hilfsgüter in Zukunft an die 35 000 „Khmer Rouge“ gehen (unter dem Kommando Pol Pots) – Teil des von der amerikanischen Regierung finanziell und eventuell militärisch unterstützten „kambodschanischen Widerstands“?

Die Bundesregierung leistet humanitäre Hilfe in Form von Medikamenten und vergleichbaren Hilfsgütern an kambodschanische Flüchtlinge, die bis zu der jüngsten vietnamesischen Trockenzeitoffensive in den Lagern der Nationalen Einheitsfront für ein Unabhängiges, Neutrales, Friedliches und Kooperatives Kambodscha (FUNCINPEC) und der Nationalen Befreiungsfront des Khmer-Volkes (KPNLF) gelebt haben und die derzeit in Thailand evakuiert sind. Die Hilfsleistungen werden über die deutsche Botschaft in Bangkok oder über internationale Organisationen direkt an die betroffene Bevölkerung geleistet. Die Roten Khmer erhalten von der Bundesrepublik Deutschland keinerlei Hilfsgüter.

8. Welche offizielle Haltung nimmt die Bundesregierung gegenwärtig vis à vis den „Khmer Rouge“ ein?

Ebenso wie ihre Vorgänger distanziert sich die Bundesregierung entschieden von den kommunistischen Roten Khmer, deren schwere Verletzungen der Menschenrechte durch das Pol Pot-Regime von der Bundesregierung auf das schärfste verurteilt werden. Die Bundesregierung unterhält keinerlei Kontakte zu den Roten Khmer. Sie unterstützt statt dessen politisch die Nationale Einheitsfront für ein Unabhängiges, Neutrales, Friedliches und Kooperatives Kambodscha (FUNCINPEC) unter dem in der kambodschanischen Bevölkerung noch sehr beliebten ehemaligen Staatschef Prinz Sihanouk und die Nationale Befreiungsfront des Khmer-Volkes (KPNLF) unter dem ehemaligen kambodschanischen Premierminister Son Sann. Die Bundesregierung will somit dazu beitragen, dem Volk von Kambodscha eine Alternative zu den gefürchteten Roten Khmer und der ebenso abgelehnten vietnamesischen Fremdherrschaft zu geben.

